

Reinhardt unter Beschuss

Roche ist sauer, dass Novartis-Präsident Reinhardt im VR ihres Zulieferers Lonza sitzt

BASEL «Reinhardt bleibt im Lonza-VR», «Jörg Reinhardt will Mandat bei Lonza behalten», titelten Tageszeitungen. Recherchen der SonntagsZeitung zeigen aber, dass er seinen Verwaltungsratsplatz beim Pharmazulieferer nur schwerlich wird halten können. Denn Reinhardt ist seit kurzem auch designierter Verwaltungsratspräsident von Novartis. Über diese Konstellation ist Novartis' Erzrivalin Roche «not amused», ist doch Lonza ein wichtiger Produktionspartner. Mit einer Ausstandsregelung für Reinhardt gibt sich Roche nicht zufrieden.

Roche-Chef Severin Schwan drückte sich am Rande der Bilanzmedienkonferenz von Mittwoch höflich aus: «Wir sind mit Lonza im Gespräch, um zu vermeiden, dass Interessenkonflikte entstehen. Ich bin sicher, dass wir eine Lösung finden.» Zuvor hatte Lonza-Präsident Soiron der SonntagsZeitung gesagt: «Der Kunde hat immer recht.»

Laut Soiron hatte Lonza die Frage sorgfältig geprüft, ob es opportun ist, wenn Reinhardt im Verwaltungsrat bleibt. Lonza hatte gehofft, dass sich mit Daniel Vasellas Abgang bei Novartis das Verhältnis zwischen den beiden Kontrahenten entspannen würde. Doch Vasellas Antipode Franz Humer ist weiterhin Verwaltungsratspräsident von Roche. Hinter vorgehaltener Hand sagt ein Spitzenmann von Roche, dass Lonza eine Güterabwägung vornehmen müsse. Will heissen: Roche oder Reinhardt.

Die Kooperation ist Roche und Lonza wichtig. Es geht um die Produktion von Krebsmitteln der zweiten Generation, von sogenannten Antikörper-Toxin-Konjugaten, die Tumorzellen einem doppelten Angriff aussetzt. Dabei kommt auch ein toxisches Chemotherapeutikum zum Einsatz. Da dieses mit dem Antikörper nur die Krebszellen angreift, entfallen die Nebenwirkungen einer Chemotherapie weitgehend.

Für Lonza bildet die Kooperation ein Vorzeigeprojekt, das ihre technologische Führerschaft belegt – insofern kann Roche Lonza nicht leicht ersetzen. Zudem ist die Partnerschaft für die Zukunft des Lonza-Standortes Visp von enormer Bedeutung. Dort wird das Brustkrebsmittel T-DM1 hergestellt, mit dem sich Roche gegen die Konkurrenz durch biotechnologische Nachahmerpräparate ihrer ersten Krebsmittelgeneration wappnen will.

Schwierig ist Reinhardt Position auch, weil Lonza im Bereich der Medikamentenkopien mit Teva zusammenarbeitet, der Konkurrentin von Novartis' Sandoz. Soiron hatte Reinhardt erst an der letztjährigen Generalversammlung in den Verwaltungsrat wählen lassen. Er hatte er in ihm einen möglichen Nachfolger gesehen. Gut möglich, dass Reinhardt von sich aus sein Lonza-Amt niederlegt. VICTOR WEBER



Jörg Reinhardt

Banker-Boni schrumpfen

Grösste Einschnitte bei Investmentbankern – Personalabbau bei CS befürchtet

VON GUIDO SCHÄTTI
UND MARTINA WACKER

ZÜRICH Fast 30 Prozent legte die UBS-Aktie im vergangenen Jahr zu, doch die Geschäftszahlen der Grossbank sind tiefrot: Am nächsten Dienstag dürfte CEO Sergio Ermotti einen Jahresverlust von rund 3 Milliarden Franken präsentieren. Die Milliardenbusse aus dem Libor-Skandal und Abschreiber im Investmentbanking verlängern die UBS-Krise um ein weiteres Jahr.

Das schlägt sich auch in den Lohnpaketen der Angestellten nieder. «Die Boni werden bei der UBS voraussichtlich um 20 bis 30 Prozent fallen», sagt Headhunter Klaus Biermann, Präsident von Biermann Partners. Normal-Performer müssten sich auf eine Nullrunde einrichten, unterdurchschnittliche Leistungen würden mit Rückstufungen bestraft. «Bei der UBS wird es nach unserer Einschätzung zu ersten Degradierungen kommen.»

Besonders drastisch sind die Einschnitte bei den Investmentbankern. Um 18 Prozent sanken deren Personalkosten in den ersten drei Quartalen. Der Trend habe sich bis Ende Jahr fortgesetzt, sagt Rainer Skierka, Bankenanalytiker der Bank Sarasin: «Es bietet sich an, dass die UBS die Gehälter in gewissen wertschöpfungsarmen Bereichen des Investmentbanking zurückfährt.»

Angestellte im Handel mit festverzinslichen Papieren – ein Geschäft, das die UBS aufgeben will – dürften besonders stark auf Diät gesetzt werden. Wobei niemand hungern muss: Im Schnitt fallen für jeden Investmentbanker noch immer Personalkosten von mehr als 300 000 Franken an.

Bei der Credit Suisse, die am Donnerstag Zahlen präsentiert, ist die Ausgangslage weniger klar. Wenn man die Zahlen der ersten drei Quartale hochrechnet, erhal-



Brady Dougan, CEO Credit Suisse: Sparen ist angesagt FOTO: 13PHOTO

Grübel: Wechsel zur UBS kam ihn teuer zu stehen

Mit dem Wechsel zur UBS machte Ex-CEO Oswald Grübel das schlechteste Geschäft seines Lebens. Erstmals wird bekannt, dass seine Anteile am Performance Incentive Plan (PIP) seines Ex-Arbeitgebers CS mehr als 100 Millionen Franken wert waren. Die Zahl nennt UBS-Generalsekretär Luzius Cameron in einem Mail an Thomas Minder, das der SonntagsZeitung vorliegt. Beim Start bei der UBS tauschte Grübel die PIPs gegen 4 Millionen UBS-Optionen, die heute 23 Millionen Franken wert sind. Grübel habe bei der UBS 12 Millionen pro Jahr kassiert, kritisiert Minder, angesichts der Skandale in seiner Amtszeit sei das «Wahnsinn». G. SCHÄTTI

ten die Investmentbanker 330 000 Franken pro Kopf, was gleich viel wie im Vorjahr ist.

Biermann glaubt allerdings, dass Dougan nun kräftig an der Sparschraube drehen wird: «Bei der CS ist mit weiteren personellen Einschnitten zu rechnen.» Die Bereiche Capital Markets und Investmentbanking, aber auch das Middle Office seien gemessen an ihren Profiten noch immer deutlich zu gross. Betriebswirtschaftlich wären Einschnitte im CS-Investmentbanking gerechtfertigt, sagt auch Skierka. Die Bank wollte sich dazu nicht äussern.

Auch für Private Banker sind die fetten Jahre vorbei

Bei den übrigen Instituten – kommende Woche öffnen auch die Privatbanken Julius Bär und Vontobel sowie die Zürcher Kantonalbank ihre Bücher – sind «die Erwartungen auf die Gehalts- und Bonusrunde gedämpft», wie Hans Münch, Vergütungsspezialist bei der internationalen tätigen Beratungsfirma Towers Watson, festgestellt hat: «Bei mehr als der Hälfte der Banken werden die Bonustöpfe voraussichtlich kleiner sein als im Vorjahr.»

Eine Umfrage von Hostettler, Kramarsch und Partner kurz vor Weihnachten ergab, dass auch für Private Banker die fetten Zeiten vorbei sind. Die grossen Institute gaben zu Protokoll, die Saläre der Privatkundenbetreuer um 10 Prozent und deren Boni um 5 Prozent zu kürzen.

Mit einem Gehaltszustupf können einzig Banker rechnen, die Gelder von institutionellen Kunden verwalten. Das dürfte vor allem Angestellte bei der Bank Vontobel freuen, deren Asset Management ein gutes Jahr hinter sich hat. Angestellte im Kleinkundengeschäft kommen zumindest ohne Einbusse weg – allerdings ist dort das Niveau ungleich tiefer.

► FORTSETZUNG VON SEITE 45

Rudolf Wehrli, Economiesuisse

Vergütungen ab. Man muss auch klar sagen, dass die Minder-Initiative keine Lohnobergrenzen festlegt. **Wären somit auch mit einer Annahme der Initiative zweistellige Millionenbezüge möglich?** An der Höhe der Löhne würde sich direkt nichts ändern. Auch nach Annahme der Initiative können die Aktionäre zweistellige Millionenvergütungen absorgen. In diesem Sinn hat sich auch Thomas Minder geäussert. **Wenn sich an der Höhe der Bezüge nichts ändert, warum kämpfen Sie gegen die Vorlage?** Weil sie nichts nützt und nur schadet: den Unternehmen, den Pensionskassen und Arbeitsplätzen. **Die Initiative kann umgangen werden, etwa mit millionenschweren Beraterverträgen wie jenem des scheidenden Novartis-Präsidenten Vasella.** Dazu kann ich mich nicht äussern, weil ich die Konditionen des Vertrages nicht kenne. **Wünschen Sie sich, dass Novartis an der Generalversammlung offenlegt, wie viel Geld Daniel Vasella wie lange bekommt?** Der Vermögensverwalter zCapital aus Zug hat ja die entsprechende Forderung erhoben.

Was wollen Sie?

Transparenz wäre gut. Doch das spielt keine Rolle. **Sie weichen aus. Denn für den Abstimmungskampf spielt die Frage sehr wohl eine Rolle.** Das hat uns sicher nicht geholfen. Solche Verträge machen es uns noch schwerer, unsere Argumente zu erklären. **Wie werten Sie Vasellas offene Kritik an Economiesuisse sowie seinen Austritt?** Es gibt in jedem Verband unterschiedliche Positionen zu unterschiedlichen Fragen. **Hat es Sie nicht geärgert, dass Vasella an der Vorstandssitzung geschwiegen hat, als es um die Minder-Initiative ging?** Zu Interna kann ich nichts sagen. **Hatten Sie nie mit Daniel Vasella darüber gesprochen?** Es wäre wahrscheinlich für uns beide interessant gewesen, die unterschiedlichen Positionen vertieft auszutauschen. **In den nächsten Wochen werden auch die Managersaläre der Grossbanken UBS und CS offengelegt. Macht Ihnen das Sorgen?** Doch, durchaus. Das war uns aber bewusst, als das Abstimmungsdatum festgelegt wurde.

Hat man sich unter Ihren Mitgliedern nicht abgesprochen und sich bei den Bezügen etwas Zurückhaltung auferlegt?

Nein. Wir wissen, dass mit den Vergütungsberichten unsere ohnehin schwierige Aufgabe noch anspruchsvoller wird. Aber wir können zeigen, dass die Initiative viel Schaden anrichtet. Gerade auch den Pensionskassen und damit uns allen. Denn durch den Stimmzwang, der ihnen auferlegt würde, entstünde eine unsinnige

«Verträge wie der von Vasella machen es uns schwer, unsere Argumente zu erklären»

und teure Bürokratie, und die Renten kämen unter Druck. Leidtragende wären auch die KMU. **Wie bitte: Die KMU? Die allermeisten sind nicht börsenkotiert und somit von der Minder-Initiative gar nicht betroffen.** Sofern ihre Pensionskassen bei börsenkotierten Unternehmen investiert sind, sind sie sehr wohl betroffen. Zehntausende von KMU sind zudem Zulieferer der Konzerne. Wenn diese ins Aus-

land abwandern, leiden auch sie. Und unter den börsenkotierten Unternehmen hat es übrigens zahlreiche KMU.

Gibt es denn Anzeichen, dass Konzerne ihren Sitz ins Ausland verlegen, wenn die Initiative angenommen wird? Dieses Risiko sollte man nicht unterschätzen. Ich warne davor, dass grosse Unternehmen, die ihren Hauptsitz hier in der Schweiz haben, diesen Standort nicht weiter ausbauen, oder, schlimmer noch, dass Aktivitäten ausgelagert werden. **Firmen profitieren aber auch von tiefen Steuern. Zudem braucht es für eine Sitzverlegung eine Zweidrittelmehrheit der Aktionäre.** Die Mehrheit unserer grossen börsenkotierten Gesellschaften ist im Besitz von ausländischen institutionellen Investoren. Diese wollen primär eine möglichst hohe Rendite. Im Unterschied zu Management und Verwaltungsrat haben die Aktionäre keine Treuepflicht gegenüber dem Unternehmen. Die durchschnittliche Haltdauer von Aktien ist auf sieben Monate gesunken. Die Aktionäre handeln nach der Devise «Take the money and run». Das ist eine dramatische Entwicklung. Wenn sich die Rahmenbedingungen ver-

schlechtern, werden solche Aktionäre nicht zögern, für einen Wegzug zu stimmen.

Befürchten Sie auch, dass sich weniger Firmen ansiedeln?

In jedem Fall. Wir würden eines der weltweit rigidesten Aktienrechte bekommen und uns so selber im internationalen Wettbewerb benachteiligen. Das kostet uns garantiert Jobs.

Das ist doch Angstmacherei.

Das ist keine Angstmacherei, das ist Realität. Grosse Unternehmen sind mobil. Es soll später niemand sagen, dass wir nicht gewarnt haben. Die Schweiz würde auf jeden Fall Jobs im fünfstelligen Bereich verlieren. Nicht sofort, aber mittel- und längerfristig.

Falls die Abzockerinitiative angenommen würde: Sehen Sie Möglichkeiten, die Vorlage juristisch anzufechten?

Nein. Selbstverständlich akzeptieren wir jeden Volksentscheid. Auch rein rechtlich wäre eine Anfechtung gar nicht möglich. Meine Sorge ist eine andere. Wenn die Verfassungsinitiative angenommen würde, dann gäbe es über Jahre wieder ein Gezerre um die Ausgestaltung des Gesetzes. Für die Firmen entstünde neue Rechtsunsicherheit. Das ist schlecht und schadet dem Ruf der Schweiz im Ausland.

Im Gegenwind stehen Sie auch bei der Energiewende. Warum bekämpfen Sie die Vorschläge des Bundesrates?

In der bundesrätlichen Konzeption der Energiewende ist enorm viel Wunschenken drin. Es ist ein Irrtum zu meinen, dass diese Energiewende umsonst zu haben ist. Wir würden uns erhebliche Nachteile in der Wettbewerbsfähigkeit einhandeln.

Sie argumentieren, die Wirtschaftsleistung könnte im schlimmsten Fall bis zu 25 Prozent absacken. Ist das nicht masslos übertrieben?

Das ist das Resultat einer Studie der ETH.

... die Sie in Auftrag gegeben und bezahlt haben.

Wir hatten keinerlei Einfluss auf die Methodik und die Resultate der Studie. Wir wollen einfach vor den hohen Kosten der Energiewende warnen. Da haben die Behörden nicht seriös gerechnet. Vieles wird aus politischen Gründen verschwiegen. Wir werden uns mit allen Mitteln wehren.

Was wollen Sie denn konkret?

Wir möchten in die Ausarbeitung der Energiewende mehr einbezogen werden, als das bisher der Fall war. Zudem werden wir noch dieses Jahr ein Gegenkonzept präsentieren.